



CH-3003 Bern, BAFU, BAS

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und
Innovation SBF
Abteilung Hochschulen
Silvia Studinger
Leiterin Abteilung Hochschulen
Effingerstrasse 27
3003 Bern

Referenz/Aktenzeichen: N274-8878
Ihr Zeichen: GS-WBF, JSA
Unser Zeichen: BRB
Sachbearbeiter/in: BAS
Bern, 3. Juli 2014

**Verordnung zum Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (V-HFKG) und
Verordnungen des WBF im Fachhochschulbereich;
Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann

Wir erlauben uns, im Rahmen des laufenden Anhörungsverfahrens unsere Stellungnahme
einzureichen:

Die Nachhaltige Entwicklung ist ein verfassungsrechtlicher Leitrahmen für die nationale
Hochschulpolitik und eine verbindliche Grundlage für Bund und Kantone (BV Art. 2 Abs. 4 und Art.
73).

Gemäss der „Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015“ des Bundesrates ist ein Engagement im
Bereich der Nachhaltigen Entwicklung im Zusammenhang mit den Akkreditierungsrichtlinien eine
festgelegte Massnahme (Siehe 10-1, S. 49).

In der „BFI-Botschaft 2013-16“ sind die übergreifenden Leitlinien und Ziele der Hochschulpolitik mit
den vier Zielen 1. Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, 2. Verstärkte Förderung des
Nachwuchses für Wissenschaft und Wirtschaft, 3. Förderung der Chancengleichheit und 4. Förderung
der nachhaltigen Entwicklung festgelegt worden.

Insbesondere von Bedeutung ist im vorliegenden Zusammenhang, dass die Nachhaltige Entwicklung
im neuen Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) an verschiedenen Stellen
verankert ist:

Beat Bringold
BAFU, Abteilung Kommunikation, 3003 Bern
Tel. +41 58 46 29244, Fax +41 58 46 270 54
beat.bringold@bafu.admin.ch
<http://www.bafu.admin.ch>

- Art. 30 HFKG nennt die Mitwirkungsrechte der Hochschulangehörigen, die Chancengleichheit von Frau und Mann sowie die Nachhaltige Entwicklung als Voraussetzung für die institutionelle Akkreditierung;
- Gemäss Art. 59 HFKG werden die nachhaltige Entwicklung, die Chancengleichheit von Frau und Mann sowie die Mitwirkung der Studierenden als Aufgaben der Hochschulen von gesamtschweizerischer Bedeutung u.a. auch für projektgebundene Beiträge anerkannt;
- Art. 55 HFKG nennt hohe ökologische und energetische Standards als Voraussetzung für Bauinvestitionsbeiträge.

Diese Nachhaltigkeitsziele sind in der V-HFKG explizit sichtbar zu machen. Unser Antrag zur Ergänzung des Entwurfs ist im Folgenden unterstrichen.

Antrag zur Verordnung zum Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (V-HFKG)

- Art. 7 Gesuche um Bauinvestitionsbeiträge, Absatz 2

Ein Gesuch gilt als vollständig, wenn die Anforderungen nach SIA 112/1 und nach Phase 4.32 (Bauprojekt) gemäss SIA-Norm 102 erfüllt sind.

Begründung:

Art. 55 HFKG nennt unter Absatz 1 lit. d. hohe ökologische und energetische Standards als Voraussetzung für Bauinvestitionsbeiträge. Diese sind in der Verordnung mit den SIA Normen zu konkretisieren. Die SIA-Norm 102 SIA regelt nur die Leistungen und Honorare der Architektinnen und Architekten. Die SIA-Norm 112/1 stellt sicher, dass nachhaltiges Bauen in den Planungs- und Werkleistungen umgesetzt wird.

Besten Dank für die Berücksichtigung unseres Antrags. Bitte halten Sie uns über Ihren Entscheid und die weitere Entwicklung des Geschäfts auf dem Laufenden.

Die Anträge zu den Akkreditierungsrichtlinien werden in der Anhörung zur den Richtlinien des Hochschulrates für die Akkreditierung von Hochschulen und anderen Institutionen des Hochschulbereichs (Hochschulakkreditierungsrichtlinien) unterbreitet.

Freundliche Grüsse

Bundesamt für Umwelt BAFU



Beat Bringold
Leiter Sektion Umweltbildung